

Stand: 16.05.2025 23:21:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4729

"Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4729 vom 29.01.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 30.01.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5907 des GP vom 25.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6112 vom 01.04.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend folgende Maßnahmen zur Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung in Bayern zu ergreifen:

1. flächendeckende Krisenversorgung ausbauen durch
 - gesetzliche Verankerung und flächendeckender Ausbau der ambulanten sozialpsychiatrischen Dienste mit ausreichender personeller Ausstattung,
 - Stärkung und Ausbau ambulanter Krisendienste für schnelle und unkomplizierte Hilfe,
2. ambulante Versorgung stärken durch
 - Unterstützung der Bezirke beim Ausbau flächendeckender ambulanter psychiatrischer Angebote,
 - Erhöhung der Masterstudienplätze für Psychotherapie in Bayern zur Schaffung ausreichender Therapieplätze sowie finanzielle Unterstützung für Psychotherapeuten in Weiterbildung,
 - Ausbau der Traumabegleitung und Behandlungsmöglichkeiten für Geflüchtete mit psychischen Erkrankungen
3. integrierte Versorgung fördern durch
 - Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen,
 - Förderung von Netzwerken zwischen Hausärzten, Psychiatern, Psychotherapeuten und Krankenhäusern,
 - Ausbau und Förderung psychiatrischer Institutsambulanzen,
 - Implementierung von digitalen Lösungen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Leistungserbringern,
4. Kinder- und Jugendpsychiatrie verbessern durch
 - Schaffung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche, insbesondere in ländlichen Regionen,
 - Einsatz von kinder- und jugendpsychiatrischen Fachkräften in sozialpsychiatrischen Diensten,
 - Ausbau der psychiatrischen und psychologischen Gesundheitsvorsorge an Schulen,

5. Wohnformen für Menschen mit seelischer Behinderung fördern durch
 - finanzielle Förderung von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer Behinderung,
 - praktikable Investitionskostenförderung für die Schaffung von besonderen Wohnformen,
6. Entstigmatisierung vorantreiben durch
 - mehr Aufklärungsarbeit zu psychischen Erkrankungen in Schulen und Betrieben,
 - Schaffung eines Landespsychiatriebeirats, um die Rechte und Stellung der Menschen mit psychischen Erkrankungen zu stärken.

Begründung:

Die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern muss dringend verbessert werden. Die jüngsten Ereignisse in Aschaffenburg, bei denen ein Täter mit psychischer Erkrankung zwei Menschen tötete, unterstreichen die Dringlichkeit dieses Anliegens.

Obwohl immer mehr Menschen in Bayern im Laufe ihres Lebens psychisch erkranken, ist die Versorgungssituation unzureichend. Laut dem Zweiten Bayerischen Psychiatriebericht leidet mehr als ein Viertel der bayerischen Bevölkerung an einer psychischen Erkrankung. Das sind etwa 3 Millionen Menschen, darunter mehr als 300 000 Kinder und Jugendliche. Die Wahrscheinlichkeit, einmal im Leben psychisch zu erkranken, liegt bei über 50 Prozent. Menschen mit niedrigem Einkommen sind häufiger betroffen als finanziell besser gestellte Bevölkerungsgruppen.

Die meisten Menschen mit psychischen Erkrankungen werden ambulant behandelt. Die Versorgungsangebote sind jedoch nicht ausreichend und unterscheiden sich von Region zu Region erheblich. Sehr oft müssen Patientinnen und Patienten lange Wartezeiten von mehreren Monaten in Kauf nehmen. Auch vor dem Hintergrund der hohen und seit Jahren steigenden Suizidrate in Bayern, die meist in Zusammenhang mit einer psychischen Krisensituation steht, ist dies nicht hinnehmbar.

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) kritisiert die CSU-Pläne zur Verschärfung des Umgangs mit psychisch erkrankten Menschen scharf. Sie seien „weder angemessen noch wirksam“ und trügen dazu bei „Betroffene und ihre Familien weiter zu stigmatisieren“. Die BApK-Vorsitzende warnt eindringlich: „Die Ereignisse in Aschaffenburg müssen als Mahnung verstanden werden, endlich die Ressourcen und Mittel in die Hand zu nehmen und so zu lenken, dass eine umfassende und menschenwürdige Versorgung sichergestellt werden kann“.

Die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ist immer noch großes Problem in unserer Gesellschaft. Sie führt dazu, dass Menschen aus Angst und Scham keine Hilfe in Anspruch nehmen, obwohl sie diese dringend bräuchten. Dies bestätigt auch der Zweite Bayerische Psychiatriebericht. Damit ist weder den Menschen mit psychischen Erkrankungen noch der Gesellschaft insgesamt geholfen.

Die SPD-Fraktion fordert die Staatsregierung daher auf, endlich zu handeln und die notwendigen finanziellen Mittel für eine flächendeckende psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung bereitzustellen und einen umfassenden Versorgungsplan auszuarbeiten, der Prävention, Früherkennung, ambulante und stationäre Behandlung sowie Nachsorge gleichermaßen berücksichtigt. Nur so können wir eine flächendeckende und wirksame Versorgung psychisch erkrankter Menschen in Bayern gewährleisten und künftige Tragödien verhindern.

(Namentliche Abstimmung von 16:23 bis 16:25 Uhr)

Hat die Abstimmung bei allen Abgeordneten technisch funktioniert? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4728 mit 19/4729 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

(Unruhe)

Sie können Ihre Plätze wieder einnehmen und ein bisschen zur Ruhe kommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Gewalt an Schulen entschieden entgegnetreten! (Drs. 19/3327)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Während wir gerade in Bayern noch alle im Bann der schrecklichen Bluttat von Aschaffenburg stehen, schlägt in Niedersachsen bereits die nächste Gewalttat an einem Kind hohe Wellen, diesmal an einer Oberschule. Dort wurde laut Medienberichten ein 14-jähriges Mädchen von einer Gruppe Mitschülerinnen mit Migrationshintergrund krankenhauserreif geschlagen. Es ist von Hirnblutungen und Lungenschäden die Rede. Das ist ein besonders krasser Fall, aber leider kein Einzelfall. Solche Fälle werden immer häufiger, auch bei uns. Allein im Jahr 2023 ereigneten sich in Bayern über 2.600 Gewaltdelikte an Schulen.

Das ist eine zunehmende Eskalation, die wir seit Beginn der Massenmigration beobachten. Im Vergleich zu 2014 sprechen wir über eine Verdoppelung der Fallzahlen. Der Konnex zur Massenmigration ist derart offenkundig, dass selbst der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbands, Herr Wolfram Janke, ihn nicht verleugnet. Selbst er gibt die soziologische und kulturelle Herkunft der Schüler als relevanten Faktor für die steigende Gewalt an unseren Schulen an. Das liegt aber nicht nur an der illegalen Zuwanderung. Insbesondere seit Ihren unseligen Corona-Maßnahmen hat sich diese Entwicklung nämlich noch einmal intensiviert. Im Vergleich zum Jahr 2019 gab es 60 % mehr Fälle. Hier bekommen Sie mit nackten Zahlen die psychischen Schäden präsentiert, die Ihre Politik der staatlich gelenkten Hysterie und der Lockdowns bei unseren Kindern hinterlassen hat.

(Beifall bei der AfD)

Die Zunahme von Gewalttaten richtet sich im Übrigen keineswegs nur gegen Schüler; mehr als jede dritte Schule in Bayern weiß mittlerweile von gewaltsamen Übergriffen gegen das Lehrpersonal zu berichten, zwei Drittel von Drohungen, wüsten Beleidigungen und Belästigungen. Da wundern sich manche, warum immer weniger junge Menschen in der Schule einen attraktiven Arbeitsplatz sehen. – So viel zur Problembeschreibung.

Dieser fatalen Entwicklung wollen wir mit dem vorliegenden Antrag ein wenig entgegensteuern. Wir fordern erstens einen jährlich vorzulegenden landesweiten Si-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann,
Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/4729

Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatlerin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 21. Sitzung am 25. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/4729, 19/5907

Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Unternehmen und Industrie
 Zukunft der europäischen Automobilindustrie
 30.01.2025 - 13.02.2025
 Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
 Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung
 27.01.2025 - 21.04.2025
 Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer,
 Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
 Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern
 Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold,
 Holger Gießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
 Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen –
 Sofortmaßnahmen umsetzen
 Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
 Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle –
 damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert
 Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
 Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern
 Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben
 Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!
 Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken I: Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU
Verbesserung des Opferschutzes
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren:
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren:
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
 Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen –
 Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung
 Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
 Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung
 des Nürnberger Fernmeldeturmes
 Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken
 Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
 Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!
 Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Streichung des § 188 StGB
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen –
Steuergesetzgebung anpassen
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Deutschlandticket dauerhaft sichern
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I –
Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II –
Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III –
Terrorfinanzierung austrocknen!
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV –
Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:
Lösung für Sonderbedarfszulassungen
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II:
Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV:
Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V:
Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI:
Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.